

Unser Handlungsspielraum ist begrenzt

KVB weist Vorwürfe von Markus Söder zurück

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder übte Mitte Januar scharfe Kritik an der ärztlichen Selbstverwaltung. „Wir erwarten uns mehr Engagement von der Kassenärztlichen Vereinigung“, sagte er mit Blick auf lange Wartezeiten für Arzttermine. Sollte das nicht klappen, droht der Ministerpräsident mit einem scharfen Schwert: „Ich wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, dies gegebenenfalls über einen Staatskommissar zu machen. Das werden wir dann sehen.“

Erstaunt und bewiesen

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) zeigt sich erstaunt und verärgert über diese Äußerungen. Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – weisen die Kritik

zurück und erklären dazu: „Wir stimmen dem Ministerpräsidenten in seiner Analyse zwar grundsätzlich zu, dass die medizinische Versorgung in strukturschwachen Regionen Bayerns zunehmend schwieriger aufrecht zu erhalten ist. Aber wir tun seit Jahren alles, was in unseren Möglichkeiten steht, um die ambulante Versorgung in Bayern sicherzustellen und Ärzte für nicht ausreichend versorgte Regionen zu gewinnen. Die KVB habe ihre Hausaufgaben gemacht und setze zahlreiche Maßnahmen – von der Famulaturförderung im Medizinstudium bis hin zu umfangreichen Förderprogrammen für Praxisgründungen in unterversorgten Regionen – erfolgreich um. Stand heute sind in Bayern 9.599 Hausärztinnen und Hausärzte tätig. Seit 2022 konnten damit weit über 200 neue Ärztinnen und Ärzte für die hausärztliche

Versorgung gewonnen werden. Allein in den letzten sechs Monaten ist es gelungen, die Zahl der offenen Vertragsarztsitze im hausärztlichen Bereich von 352 auf 254 zu senken.“

Zugleich macht der Vorstand der KVB deutlich, dass der Handlungsspielraum der ärztlichen Selbstverwaltung durch gesetzliche Rahmenbedingungen begrenzt ist. „Wir sind eingebettet in starre, bundesweit gültige Vorgaben des Sozialgesetzbuches. Um regionale Versorgungsprobleme nachhaltig lösen zu können, brauchen wir deutlich mehr Flexibilität und Entscheidungsspielräume vor Ort“, so der Vorstand weiter. Entsprechende Forderungen, wie zum Beispiel Bürokratieabbau in den Praxen, schnellere und effizientere Zulassungsverfahren und mehr regionale Handlungsspielräume, habe die KVB bereits in einem umfassenden Katalog bei den politischen Entscheidungsträgern auf Bundes- und Landesebene hinterlegt. „Wir erwarten die Unterstützung des Ministerpräsidenten, damit diese Forderungen auch schnellstmöglich umgesetzt werden. Damit würde unser Handlungsspielraum auf Landesebene wesentlich verbessert werden.“

Die KVB nimmt das Angebot des Ministerpräsidenten zu einem Diskussionsprozess ausdrücklich an und steht zu einem persönlichen Austausch gerne zur Verfügung, so der Vorstand der KVB: „Wir sind gespannt, welche konkreten Vorschläge die Bayerische Staatsregierung über die von uns bereits ergriffenen vielfältigen Maßnahmen hinaus einbringen kann und will. Bei der Umsetzung konstruktiver Lösungen sind wir jederzeit mit dabei.“

Leo Hofmeier



Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp erwarten mehr Unterstützung von Ministerpräsident Markus Söder, um die flächendeckende medizinische Versorgung zu sichern.